

Die Halle monatlich bei zweimaliger Auslieferung 50 Mark, vierteljährlich 150 Mark, durch die Post 60 Mark einschließlich Zustellungsgebühr. Einzelnummer 15 Pf. Bestellungen werden von allen Anzeigenstellen angenommen. Im amtlichen Zeitungsverzeichnis unter 'Zeitung' eingetragen. Für ein erlangtes eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe 'Zeitung' gestattet. Ferner: der Schriftleitung Nr. 1180, der Anzeigen-Abt. Nr. 1182 u. Nr. 1181, der Bezugs-Abt. Nr. 1133; Geschäfts-Konto Leipzig Nr. 4600.

# Zeitung

Dreihundertfünfzigster Jahrgang.

werden 6. September, 34 mm br. Millimetergröße der besten Baum mit 20 Pf. berechnen u. in anderer Annahme stellen an. allen Anzeigengehälter angenommen. Reflektoren 0,92 mm br. Millimetergröße 60 Pf. Anzeigen-Prüfungsbüro: 11.11.11, für die Zeitschriften-Abt., 6 Uhr. Abbestellungen, soweit möglich, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erscheinungstag: 2 mal, Sonntag und Feiertage. u. Haupt-Vertriebsstelle: Halle, Neue Dromadenstr. 19, Dr. Braunbauer, 17. Neben-Vertriebsstelle: Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 532.

Halle, Mittwoch, den 12. November.

1919.

## Hindenburg in Berlin.

### Hindenburg erscheint als Zeuge.

Berlin, 12. November. (Eigene Drahtnachricht.) Generalfeldmarschall von Hindenburg, der von dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss als Zeuge geladen ist, traf heute vormittag aus Hannover auf dem Bahnhof Zoologischer Garten hier ein. Ludendorff war mit mehreren anderen Herren zur Begrüßung erschienen. Bei der Ankunft des Zugangs spielte Musik. Das Publikum, das den Feldmarschall erkannte, begrüßte ihn mit lauten sympathischen Zurufen.

### Die Arbeit des Untersuchungsausschusses.

Berlin, 12. November. (Eig. Drahtnachricht.) Nach Eröffnung der heutigen Sitzung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses richtete der Vorsitzende Abg. Warmuth die Frage an den früheren Reichsminister von Weismann, von wem und in welcher Richtung er über die Frage der Möglichkeit, die zum uneingeschränkten U-Boot-Krieg auszuführenden U-Boote zurückzuberufen, unterrichtet war.

Dr. E. H. Mann hat folgende Antwort gegeben: Schon vor dem 29. Jan. letzte Admiral von Holtzendorf, wie die Staatssekretäre Heffrich und Zimmermann wiederholt und bestimmt erklärt, die

U-Boote können jetzt nicht mehr zurückgerufen werden. Die U-Boote wären draußen und eine technische Möglichkeit, sie zurückzuberufen. Inge bei den draußen weisenden U-Booten nicht vor. Admiral von Holtzendorf hat diese Erklärung am 22. Januar kategorisch wiederholt, als Staatssekretär Zimmermann und ich mit Rücksicht auf die Telegramme des Grafen Bernstorff, die den Aufbruch des uneingeschränkten U-Boot-Krieges forderten, um Auskunft zu erlangen. Zu einer technischen Möglichkeit der Verbindungsmöglichkeiten mit den U-Booten war ich selbst außerstande.

Röntgenstrahlen von Bülow: Es handelte sich nicht nur um die Ernennung der U-Boote, die über den 7. Februar hinaus in See gegangen waren, sondern es hätten alle U-Boote, die vom 28. Januar ab und für die Folgezeit Geleitet hatten, Schiffe zu versenden, den Geleitebefehl erhalten müssen. Dan Willson hatte zur Verbindung gemacht, daß kein amerikanischer Bürger durch den U-Bootkrieg zu Schaden kommen dürfte. Eine

Grift für die Rückberufung war beider überhaupt nicht gegeben; denn amerikanische Bürger konnten ebensowohl in den Tagen vom 28. Januar, als die Willsonnote in Berlin eintraf, bis zum 1. Februar, durch den U-Boot-Krieg zu Schaden kommen, wie nach dem 1. Februar durch den uneingeschränkten U-Boot-Krieg. Die Gegenbehalte hätten also viel weiter gehen müssen. Sachverständiger Professor Bonn: Von technischen Dingen verhalte ich mich. Politisch aber liegt die Sachlage doch ganz anders. Solange wir überhaupt U-Boote fahren lassen, bestand die Gefahr, daß Amerikaner aus dem Leben kamen. Das hätte aber auch während der ganzen Friedensaktion jeden Tag passieren können und ist im Herbst 1916 gelegentlich auch passiert. Willson hat darüber, da er den Frieden wollte, hinweggesehen. Er hielt das für unglückliche Zufälle, die bis zum 1. Februar eintreten konnten, sondern es handelte sich darum, daß

am 1. Februar die Politik bewußt geändert werden sollte. Zufälligkeiten konnte man entschuldigen und Willson hätte das getan. Ganz anders aber liegen die Dinge, wenn man die Politik bewußt ändert, und da frage ich Graf Bernstorff: Angenommen, man hätte Willson unterrichtet, daß man das Möglichste getan habe, um die U-Boote zurückzuberufen, daß man aber nicht genau wisse, ob dies in allen Fällen gelungen wäre, — glaubt Graf Bernstorff, daß Willson trotzdem die Beziehungen zu Deutschland abgebrochen hätte?

Graf Bernstorff: Ich bin der festen Überzeugung, daß die Friedensvermittlung weitergegangen wäre. Professor Bonn: Wenn nun trotzdem das Unglück passiert wäre, daß ein Amerikaner aus dem Leben gekommen wäre und man den Präsidenten Willson rechtzeitig von den wahren Inkarnationen unterrichtet hätte, glaubt Graf Bernstorff, daß auch dann die Friedensaktion weitergegangen wäre?

Graf Bernstorff: Wir hätten natürlich dem Präsidenten Willson melden, daß ein solcher Fall eintreten könnte. Da aber schon damals auf der Höhe ungefähr 4-5 ähnliche Fälle vorzuliegen waren, die zurückgestellt werden mußten wegen der Friedensvermittlung, so glaube ich, daß ein oder zwei neue Fälle die Friedensvermittlung nicht gefährdet hätten. Im weiteren Verlauf dieser Erörterungen stellte Prof. Bonn nochmals fest, daß man versuchen konnte, die Friedensaktion weiter zu spinnen. Das sei nur eine Frage des Willens gewesen, und technischen Möglichkeiten waren für

die politische Beurteilung der Lage nicht maßgebend. Die Marine war nicht dafür verantwortlich, sondern die ganze Angel gehörte ist lediglich eine Frage des politischen Willens gewesen.

### Der Arbeitsplan des Untersuchungsausschusses.

Berlin, 12. Nov. (Eigene Drahtnachricht.) Wie wir erfahren, sollen Ende November die Beratungen des Untersuchungsausschusses einige Zeit ausgesetzt werden. Wie wir ferner hören, werden noch in dieser Woche die Führer der Deutschen Heresleitung, Generalfeldmarschall von Hindenburg und General Ludendorff, vernommen werden.

### Die Zukunft des Völkerbundes 'sehr dunkel'.

Dr. A. M. d. d. 12. Nov. Kant 'Telegraph' sagte Balfour auf einer in London abgehaltenen Versammlung der Völkerbundigen: Wenn eine große Nation anfrage, Vorbehalte zu machen, so lege die Zukunft für den Völkerbund sehr dunkel aus.

### Ein Anruf ehemaliger Kriegsgefangener.

Dr. B. Berlin, 12. Nov. In einer von der Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener gestern abend abgehaltenen Versammlung wurde folgende Entschiedenheit einstimmig angenommen:

Wir ehemaligen Kriegsgefangenen haben uns zur Wahrung unserer besonderen wirtschaftlichen Interessen zusammengeschlossen. Zusammen mit den Angehörigen, die sich im Volksbund und im Bund deutscher Frauen vereinigt haben, rufen wir uns neue in die Heimat hinaus: Deutsche Heimat trete für alle schmachvollen Brüder ein, denn sie leiden für alle. Die Zurückhaltung unserer deutschen Kriegsgefangenen ist ein Verbrechen in die Zeiten der Sklaverei. Wenn auch befehle, so wollen wir Deutsche doch für das höchste Gut des einzelnen, die Freiheit, eintreten, um das seit Jahrhunderten die Völker ringen. Rufe hinaus in die ganze Welt: Freiheit für verwiesene Menschen! Herans mit unseren Gefangenen!

Außerdem wurde ein Aufruf an die Berliner Bevölkerung zur Massenbeteiligung an den 30. Versammlungen des nächsten Sonntags erlassen.

### Pariser Streikfieber.

Paris, 12. Nov. (Eigene Drahtnachricht.) Paris wird immer heftiger vom Streikfieber geschüttelt. Seit kurzem sind viele Straßen durch die provinzielle und durch die republikanische Garde abgeperrt, die niemand betreten darf. Der Grund dieser Maßregel sind Ausbreitungen der Streikenden in den verschiedenen großen Warenhäusern. Mit größter Beforgnis sieht man aber hier den Tagen der Wahl entgegen. Vorkäuflich ist noch gar nicht zu erkennen, ob sie überhaupt stattfinden können, da die städtischen Beamten streifen wollen, falls ihre Forderungen nicht bis zum 15. November erfüllt werden. Doch nimmt man an, daß die Regierung schließlich nachgibt, nur um die Wahlen zu ermöglichen. Allgemein wird angenommen, daß am 16. November allgemeine Arbeitsruhe herrschen werde, da die Sozialdemokraten vor der Anwendung von Gewalt bei den Wahlen zurücktreten dürften.

### Amerikas Ausfuhrhandel und Deutschland.

Berlin, 12. Nov. (Eigene Drahtnachricht.) Der New Yorker Korrespondent der 'N.Y. Times' veröffentlicht einen längeren Bericht über die Jahresversammlung der vereinigten amerikanischen Ausfuhrfabrikanten. Danach hätten die Ausfuhrfabrikanten des Finanzjahres veränderten Handelsabkommens im Jahre 1919 und Exporteure aus allen Teilen Amerikas einen tiefen Eindruck gemacht und auch in der breitesten Öffentlichkeit allgemeine Zustimmung gefunden. Während Handelsenergie forderte, daß Amerika unverzüglich Rohstoffe und Kredite für alle europäischen Länder geben solle, ging der Chef der Untersuchungsabteilung der Rangsmittelbehörden, Dr. Taylor, ausschließlich auf die notwendige Velleseierung Deutschlands ein. Er forderte, daß Amerika und die Alliierten Deutschland die Rohstoffe liefern, die es dränge und zu Preisen, die es zahlen könne. Die Verbesserung der fremden Balance durch Amerika sei dringender notwendig. Deutschland dränge für 1 1/2 Milliarden Dollar Rohstoffe. Es könne diese Summe ausgenutzt aber nicht bezahlen. Dr. Taylor erklärte, wenn die Alliierten darauf bestehen, daß Deutschland die höchstmögliche Kriegsentwöhnung bezahle, werden sie gleichzeitig Deutschland zu einer der stärksten, vielleicht sogar der stärksten Großmächte der Welt machen.

### Deutschnationale Agitation!

Von Dr. G. G. Müller, Mitglied der Deutschen Landesversammlung. Hat die jüngere konervative Partei ihr Wohlwollen und ihre Hilfe für die Deutschnationalen nur immer in Worte gekleidet und mit ihren Taten nur dazu beigetragen, ein Beamtenproletariat zu schaffen, so verstoßt ihre Nachfolgerin denselben Zweck allerdings auf einen für den Beamten gefährlicheren Weg. Sie redet, es gibt überhaupt keine Partei, die den Beamten mehr liebt als sie, und operiert mit Klagen und Anfragen im Parlament, die nur der Agitation dienen können und sollen, wie denn überhaupt die Deutschnationale Volkspartei ihre ganze Tätigkeit als reine Oppositionspartei auf Agitation eingestellt hat. Sie ruft den Umstand, keine Beamtenpartei mehr zu tragen, nach rein unabhingigem Gemeinwohl nicht aus, und für die Deutschnationalen besteht die große Gefahr, auf dieses Wandern herinzufallen und dieser Partei eventuell als Streichgänger zu dienen. Bei allen solchen Worten und Klagen sollte sich die Deutschnationalen daher immer nur die Taten der Herren im alten Landtag vor Augen halten und ihre schwere Schuld an dem heutigen Elend der Beamten.

Wenn im preussischen Haushaltsauschuss der Abg. Bergt sagt: 'Die Deutschnationalen hat ein Recht auf eine Kürzung, die es ermöglicht, ein anständiges Leben zu führen', so muß man es nur bedauern, daß ausgerechnet derselbe Herr Bergt an früherer Finanzminister, als er vollständig Staatsbankrott zu vermeiden hatte, nicht auch einer solchen Meinung war. Es wird ihm nie verzeihen werden, daß gerade er fast zwei Kriegsjahre die Deutschnationalen eine jede finanzielle Unterstützung darben ließ und daß er sich auch dann noch nur zu einer Runderguldung von monatlich sechs Mark — ein Viertelbetrag — schwer bereit fand. Und gerade auf diese Unterlassung ist zum größten Teil das heutige Elend zurückzuführen. Daran, daß aber in selbiger Sitzung der Abg. Bergt vorher ausdrücklich sein Bedauern ausdrückte, daß Preußen nur durch das Vorgehen des Reiches ebenfalls zur Zahlung der einmaligen Beschaffungsbeküste gezwungen wurde, ging klar hervor, daß die eingangs erwähnten Worte nur agitatorischen Wert haben konnten. An ihren Taten sollt ihr sie erkennen, nicht an ihren Worten!

### Schlagend bewiesen wird die Agitationslust der Partei durch folgenden Tatbestand:

Nach dem Wähler der Nationalversammlung beantragte die Demokratische Partei in der Preussischen Landesversammlung wiederholt die Einsetzung eines interfraktionellen Beamtenausschusses, wodurch es ermöglicht würde, alle Fragen, die eine Hebung und Verbesserung der Deutschnationalen, sowie eine Regelung der ganzen Materie bezuehen könnten, auf breiterer Grundlage viel eingehender auch im Einvernehmen mit der Regierung zu behandeln, als es die Geschäftsstelle des Hauses zuläßt. Diese Fragen würden möglichst der Parteipolitik entzogen und es wäre die Gewissheit gegeben, daß für die Deutschnationalen tatsächlich praktische Arbeit geleistet werden würde. Allerdings würden dann die Anträge, die an das Haus kämen, als Anträge des Ausschusses bezeichnet werden müssen, sie würden dafür aber auch, da sie auf Mehrheitsbeschlüssen des Ausschusses beruhen, der sich wieder proportional der Stärke der Parteien anpaßt, der Annahme der Landesversammlung sicher sein. Diefem interfraktionellen Ausschuss widerlegte sich nur bis heute noch einsig und allein die Deutschnationale Volkspartei, da sie sich — wie Herr Abg. Delse sagte — das Recht vorbehalten müßte, Anträge für die Beamten unter ihrer Firma zu stellen. Also praktische Arbeit ist dieser Partei Lebensfrage, wenn nur dransich bekannt wird, wer den Antrag eingebracht hat. Agitation und Stimmenfang!

### Wie nun aber diese Anträge zum Ziel aussehden, dafür ein Beispiel:

Bei der Beratung des Fortsetzungs wurde von der Deutschnationalen Volkspartei ein Antrag eingebracht, der eine nützliche Maßnahme einer Drahtnachricht der betreffenden Organisation war, und in dem u. a. gefordert wurde, nicht fest angestellten Personen Dienstverpflichtungen, Umgehungen usw. etatsmäßig zu gewähren. Bei meinem prinzipiellen Standpunkt der äußersten Beschränkung des Diarials und dann sofortiger lebenslänglicher Einstellung der Beamten würde ich es ebensfalls begründen, wenn den Diarären erhöhte Bezüge zugesagt kommen würden, zweifelhaft erhebt es mich nur, ob dies in Form von Dienstverpflichtung und Umgehungen erfolgen soll. Was wir aber bei Stellung des Antrages sofort aufstell, war, daß diese Partei feinem der vorhergegangenen großen Staats einen dergleichen Antrag eingebracht hatte, denn man kann doch nicht gut für eine einzelne Diaritätsklasse diese Leistungen beanspruchen, sie muß doch dann allen zukommen. Dergleichen Bedenken, auch solche der großen finanziellen Schwierigkeiten im jetzigen Zeitpunkt, spielen ja bei den Deutschnationalen keine Rolle; die Organisationslust eine Drahtnachricht der Anträge wird abgelehnt

Die Schriftleitung ist unter der Adresse: Halle, Große Ulrichstr. 52, zu erreichen. Die Druckerei ist unter der Adresse: Halle, Große Ulrichstr. 52, zu erreichen.

und eingebracht und dann kann man den Beamten dranhin zurufen: Wir waren diejenigen, welche...  
Anträge im Zusammenhang  
Gedanke die Frage der allgemeinen Regelung des  
Nationalrats hätte sich gut zu eingehender Behandlung  
im internationalen Beamtenausschuss geeignet - aber  
dann hätten ja alle Parteien mitgewirkt! Was übrig-  
ens der Herr Finanzminister bereit früher zu sojem  
Antrag gelangt hat, wissen die Beamtenorganisationen  
ganz genau, und Herr Abg. Herpt ist doch heute Führer  
der Deutschnationalen Volkspartei.

Auf ähnlicher Grundlage beruhen die meisten An-  
träge der Deutschnationalen, die ohne jede Rücksicht auf  
ihre Tragweite oder den Rücksicht auf die Allgemein-  
heit eingebracht werden und die z. Z. von den Partei-  
führern der Rechten früher - als allerdings die Staats-  
offizien noch voll aktiv waren - sofort bekämpft wurden.  
So kann man sich denken, wenn man Oppositionspartei  
wird und die Agitation in den Vordergrund stellt. Zu  
bedauern obse nur die Beamtenliste, wenn sie diesem  
Wohlf im Endeffekt vertraute.

### Die Gefangenen-Abtransporte aus Frankreich begonnen und wieder eingestell.

Berlin, 12. November. Die Franzosen haben, wie  
verschiedene Blätter berichten, mit dem Abtransport der  
deutschen Kriegsgefangenen begonnen. Ein erstes Zug mit  
lokalen Ziel gelangte Mittags in ein Angewiesenes Ziel.  
Es wird weiter berichtet, dass ein Zug von den Beset-  
zungen, den weiteren Abtransport einzuführen.  
Etwa zehn Transporte, die sich noch auf französischem  
Boden befinden, seien angehalten und zurückgeleitet.  
Welche Vorgänge diese Maßnahme veranlasst hätten,  
lasse sich noch nicht ermitteln.

### Auch nach dem 15. November schärfste Verkehrs- Einschränkungen.

Berlin, 12. November. Minister Dr. Bell erklärte  
seinem Mitarbeiter des „Volks-Zug“, man werde auch nach  
dem 15. November die einschneidenden Verkehrsbe-  
schränkungen aufrecht erhalten müssen auf vorläufig  
noch nicht abschbarer Zeit. Nur der allernotwendigste Per-  
sonenverkehr werde freigegeben werden. Auch der Wechs-  
elverkehr dürfe unter diesem Zeichen stehen.

### Die Aburteilung der auszuliefernden Deutschen.

Paris, 11. Nov. Der Oberste Rat der Alliierten hat  
heute vormittag von der Antwort der räumlichen Re-  
gierung Kenntnis genommen. Eine Note an die Inter-  
nationale Delegation auf deren Bemerkungen zur Frage  
der Minderheiten wurde beschlossen und entschieden,  
den kleinen Mächten eine Vertretung in den ge-  
meinsamen Gerichten zur Aburteilung der auszuliefernden  
Deutschen einzuräumen.

### Können wir überhaupt die letzten Entente- Forderungen erfüllen?

Berlin, 11. November. Die Regierung führt zurzeit  
Erörterungen mit Sachverständigen über die letzte Note  
der Entente wegen der Interaktion des Waffenstillstands-  
vertrages. Sie hat verschiedene Gesichtspunkte vor-  
gelegt, namentlich auch über die Frage, ob wir überhaupt noch  
im Besitz von 400 000 Tonnen an Gold und Legierungen sind.  
Da diese Gutachten jetzt vorliegen, dürfte sich das Reichs-  
kabinett wohlgelegen im Laufe des Mittwochs mit der  
Entente note befassen.

### Ohne Akkordlohn Zusammenbruch der Metallindustrie.

Berlin, 11. November. Die Arbeitnehmersverbände  
Großberlins haben sich für eine neuerliche Ablehnung der  
Arbeitsschutz über die Wiedereröffnung des Akkord-  
lohnsystems entschieden. In einer der letzten Sitzungen  
des Metallindustriellenverbandes wurde mitgeteilt, daß die  
Arbeitsteilung seit Aufhebung des Akkordlohns um  
mehr als 50 Prozent, in manchen Betrieben bis 60 Pro-  
zent zurückgegangen sei und eine Rentabilität der  
Betriebe nicht mehr möglich mache.

### Zahlmiegung der Holzindustrie durch Lieferungen an die Entente.

Der Abgeordnete Duschke hat die nachstehende kurze  
Anfrage an die Regierung gerichtet:  
„Es wird mir von uninteressierter Seite mitgeteilt,  
daß seitens der Regierung Rangholzwagen in  
großen Mengen an die Entente abgeliefert  
werden. Nahezu alle Sägewerke sind daher nicht in der  
Lage, ihren Betrieb aufrechtzuerhalten, weil gerade die  
größten und leistungsfähigsten Werke bei dem Bezuge  
von Rundholz auf Rangholzwagen angewiesen sind. Die  
fordauernde Ablieferung von Rangholz-Spezialwagen  
muß daher zum Stillstand der deutschen Säge-  
werke führen, abgesehen davon, daß durch  
diese Ablieferung die Wiedereröffnung der  
Waldarbeit so gut wie unmöglich gemacht  
wird.“

### Verhinderte Revolutionsdemonstrationen im Elsaß.

Strasbourg, 11. November. In Strasbourg, Kolmar und  
Mülhausen wird trotz des Verbotes durch die französischen  
Militärbehörden seitens der Arbeiterleitung Versuche un-  
ternommen, am letzten Sonntag Kundgebungen anlässlich des  
Jahrestages der Revolution zu veranstalten. Die französische  
Polizei verhindert im Osten von Strasbourg einzeln die sich  
bildende Demonstrationzüge, läßt die unerlaubte Ver-  
sammlungen auf und verhaftete eine größere An-  
zahl von Personen.

### Russische Millionen für die deutschen Kommunisten.

Berlin, 11. November. Durch Anzeigenschriften, die  
im Noten-Vollzugsrat und in dem militärischen Aufsicht-  
sachen Geheimnissen der kommunistischen Partei  
veröffentlicht wurden, hat man festgestellt, daß die Russen  
seit November vorigen Jahres der  
Kommunistischen Partei Deutschlands Hil-  
fsworte gemacht hat und daß diese zu  
im einzelnen mit Beträgen von einer halben bis  
zu zwei Millionen.

Die meisten der während der Demonstrationen in Berlin  
verhafteten kommunistischen Führer, darunter die  
vier Mitglieder des Vollzugsrats, sind wieder aus der Haft  
entlassen worden. Von den rund 50 vorgekommenen  
Verhaftungen sind nur 14 aufrecht erhalten worden.

## Deutsches Reich.

### „Der Minister und seine Untergebenen.“

Unter dieser Ueberschrift brachte die „Welt am  
Montag“ kürzlich einen Artikel, nach dem die Ober-  
försterei in Götterwerra im Gegensatz zu einem dies-  
bezüglichen Erlaß des Landwirtschaftsministers vor-  
läufig abgelehnt werden sollte, mehr Holz zu schlagen als  
vorgesehen, weil sie keine Arbeiter dazu habe. Der Ge-  
wärtigsmann der „Welt am Montag“ will durch Erkun-  
digung beim kommunalen Arbeitsnachweis festgestellt  
haben, daß der Oberförster sich an diesen wegen Ver-  
schaffung von Arbeitern gar nicht gewandt habe, wenn  
er aber anständige Löhne zähle, so würden ihm die  
nötigen Arbeiter auch zugewiesen werden. Hieran  
schreibt uns der Preisbeirat des Landwirtschaftsmini-  
steriums: Die durch das Ministerium angefertigten Ermitt-  
lungen haben ergeben, daß in jenem Oberförstereibezirk  
der Baumbestand in den letzten Jahren durch Honnen-  
fraß, Sturmwinden, Waldbrände, Wurmbholzwürmer  
u. s. w. sehr gelitten hat. Dies hat zur Folge gehabt, den  
diesjährigen Einschlag niedriger als sonst festzulegen  
und den nach dem Ministererlaß auf das Götter-  
werraer Revier entfallenden 1/2-Mehr-Einschlag auf  
fünf andere Reviere der Forstinspektion zu verteilen.  
Holzhauer sind genügend vorhanden, so daß es der Ein-  
stellung fremder gar nicht bedarf. Die Löhne werden  
nach den von der Regierung festgesetzten Tarifen ge-  
zahlt.

### „Selbsthilfe der Kriegsgefangenen!“

Da nach Mitteilung des Hr. Engl. Hauptquartiers  
vom 25. Oktober noch immer nicht genügend deutsche  
Ersätze zur Abdeckung der Kriegsgefangenen entlassen,  
so hat der deutsche Kommando in Götterwerra  
dortin, daß das bei Beschlüssen noch nicht alle Kriegs-  
gefangenen zu Hause sein werden, hat sich das Lager  
Hauptquartier entschlossen, mit holländischen Redereien in  
Verbindung zu treten, um auf eigene Kosten ein Schiff  
für die Heimfahrt zu mieten. Die Kriegsgefangenen  
hoffen, daß die deutsche Regierung gegen dieses Vor-  
haben nichts einzuwenden hat, im Gegenteil, daß man  
ihre Bemühungen in Holland unterstützen wird, betonen  
doch seit Monaten Regierung und Presse, daß man  
nichts unversucht lassen wird, um die Heimkehr zu  
beschleunigen.

### Die interalliierte Kommission ins Baltikum abgereist.

Berlin, 12. Nov. Die gestern nach dem Baltikum  
abgereiste interalliierte Militärkommission wird von  
einer Anzahl deutscher Offiziere unter Führung des  
Kommandanten Goppmann begleitet. Ein bestimmter Ar-  
beitsplan der Kommission ist, wie die „Allgem. Ztg.“  
schreibt, bisher nicht aufgestellt, sondern soll erst an Ort  
und Stelle vereinbart werden.

### Luftpost- und Personenverkehr von München aus.

München, 11. Nov. Die Korrespondenz Hoffmann  
teilt mit: Der Bayerische Luft-Post wird von Mitt-  
woch, den 12. November ab Luftverbindungen auf fol-  
gende Strecken durchführen: München-Nürnberg-  
Leipzig-Berlin, München-Würzburg-Frankfurt  
am Main und München-Wien. Auf den beiden er-  
wähnten Strecken wird Post- und Personen-  
verkehr, auf der Strecke München-Wien nur  
Personenbeförderung sein. Die Fahrten werden mit  
Großflugzeugen für sechs bis acht Personen ausge-  
führt.

Die „Wochen-Zeitung“ bringt Dienstag vormittag 9 Uhr  
mit 24 Nachrichten und 800 Kilogramm Post in  
Friedrichshafen auf und landet glatt kurz nach 3 Uhr  
auf dem Staaken Flugplatz. Heute erfolgt die Rück-  
fahrt.

### Die Stärke der bayerischen Einwohnerversch.

München, 11. Nov. Die Einwohnerzahl in Bayern  
zählt bis jetzt 27 000 000 Mann. Man hofft, den Stand auf  
400 000 Mann zu bringen. Die Regierung hat das Organi-  
sationsstatut für die bayerische Einwohnerversch. ausgear-  
beitet. An der Spitze steht ein Landeshauptmann, ihm  
unterstehen die Kreis- und Landeshauptmänner und die  
Gemeindevorstände. Der Landeshauptmann ist für die ge-  
samte Einwohnerversch. Bayerns der Reg. resp. verantw. l.  
Zum Landeshauptmann wurde Dr. Georg Fischer, der  
jetztzeitige Leiter der Kreiskammer Expedition und  
Verfasser des Buches „Im Lande des Regus“, gewählt.

## Ausland.

### Amerikas Kampf um den Versailles Friedensvertrag.

Washington, 11. Nov. (Meuter.) Der Senat hat bei  
der Diskussion über den Vorbesatz des Senatsaus-  
schusses für auswärtige Angelegenheiten zum Artikel 10  
des Friedensvertrages, wonach dem Kongreß das Ur-  
teil darüber zufällt, ob die Vereinigten Staaten ver-  
pflichtet sind, die Unabhängigkeit und die territo-  
riale Unversehrtheit einer anderen zum Völkerrecht  
gehörenden Nation zu vererkennen, mit 48 gegen 38  
Stimmen abgestimmt. In diesem Vorbesatz durch einen  
gemäßigte Seite zu erleben. Die Angelegenheit  
auf die schließliche Annahme des Ansehensvertrages  
gegen die Wünsche der Regierung hin.

### Wiener Studenten als Bergarbeiter.

Wien, 11. November. Die Härtehaft des Elektrotech-  
nischen Instituts löste einstimmig den Beschluß, die  
Schließung der Hochschule wegen Kohlenmangels durch  
Selbsthilfe zu verhindern. Der Ausschuss der Lehrkräfte  
hat gebeten der Gemeinde Wien die Löhne zu unterbreiten,  
für zu zahlen, in den Zillertal-Bezirk Kohlenwerke  
zu Kohle zu schenken und zu verkaufen. Wenn sich nur  
200 Hörer jeden Sonn- und Feiertag an der Arbeit betei-  
ligen, könnte in 5 Arbeitstagen der gesamte Bedarf der  
Löhne gedeckt werden.

### Teure amerikaische Baumwolle für Deutschland.

London, 11. Nov. Ein Kabeltelegramm des finanziellen  
Korrespondenten der „Times“ in New York meldet: Deutsch-  
land hat sich für die Kaufe von einer halben Million Ballen  
Baumwolle in den Vereinigten Staaten Privatbedürfnisse  
zu verfahren gewandt. Da die Deutschen die Preise nicht  
zahlen, wird die Baumwolle von den höchsten Preisen  
verkauft, die je seit dem Sezessionskrieg bezahlt wurden.

### Aus der demokratischen Bewegung.

Heiß, 12. Nov. Im Landkreise wurde in letzten  
Woche durch Parteisekretär Dr. Partmann-Weissen-  
fels und Lehrer Wittich-Heiß noch vorangegangener  
politischen Redereien und auch eingehender Aussprache  
eine ganze Reihe von Ortsgruppen ge-  
gründet, insbesondere zu Jippen, Drosch, Straß-  
berg und Friedel, wo Landwirte, Handwerker,  
Arbeiter und Beamte einstimmig bekräftigten, daß die  
Demokratische Partei ihr Vertrauen besitzt.

## Halle und Umgebung.

Halle, den 12. November 1918.

### Deutschlands Finanzlage.

Wie kommen wir aus unserer Geldnot heraus?

Wie ungemein groß die Anteilnahme des deutschen Volkes  
an des Reiches ungeheuren Geldnöten ist, zeigte der Massen-  
besuch der öffentlichen Versammlung, die für gestern Dienstag  
nach dem großen Hallasale einberufen worden war. Jeder  
einzelne Staatsbürger ist ja persönlich und mit seinem Eigen-  
tum und seinem Schicksal an dieser brandheißen aller-  
größten Angelegenheit beteiligt. Darum war kein Plätschen mehr im Saale frei,  
wo verpöbelte Besucher sich etwa noch hätten aufstellen kön-  
nen. Unter Vertretern der Nationalversammlung, Herr  
Abgeordneter Carl Dinius, vertrat es aber auch mehr-  
heitlich, mit wenigen Ausnahmen ein großartiges Bild von ein-  
präzamer Klarheit vor den Hören zu zeichnen, als ein Bild,  
das unsere ganze Finanznot entwirrt, aber auch die Wege  
aufweist, auf denen unser Vaterland zur Überwindung der  
einstengroß sich auftürmenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten  
gelangen kann. Herr Abgeordneter Dinius führte etwa fol-  
gendes aus:

Bei Ausbruch des Krieges waren im Gegensatz zur mili-  
tärlichen Vorbereitung die wirtschaftlichen und finanziellen  
Vorbereitungen sehr mangelhaft. Der Ruf nach einem  
wirtschaftlichen Generalstab, so berechtigt er war, fand keine  
Erfüllung. Unsere Finanzpolitik während des  
Krieges erwies sich als großer Fehlschlag. Die  
Unterstützung aller Anleihen im Lande schaffte zwar starke  
Berte zur Bekämpfung des Siegesbilanz, höherer Arbeits-  
leistung und Vertrauen. Der Friedenspolitik, einer besseren  
Verordnung und einem günstigeren Friedensvertrage wäre  
die Unterstutzung eines Teiles unserer Anleihen im neu-  
tralen Ausland, besonders in Amerika, nur vom Vorteil  
gewesen. Die hohen Ausgaben während des Krieges hätten,  
trotzdem das Geld fast ganz im Lande geblieben ist, unser  
Nationalvermögen sehr erheblich vermindert. Dafür sprechen  
sogar die vielen unproduktiven Anwendungen. Falls sie  
es gesehen, die Kriegsgewinne nicht schon gleich vom  
Beginn des Krieges an zu erfüllen.

Die Staatsbankrott hätte durch eine eingedämmte werden  
kann. Ganz anders nach der Entlassung von 80 Prozent der  
Kriegsgeldemissionen, wie in vieler Beziehung - vor-  
bildlich gewesen. Wir sind heute in der Beziehung  
durch die Finanznot gezeichnet.  
Während der ganzen Kriegsjahre wirtschafteten wir ohne  
Zusatzplan. Es ging aus dem Vollen. Geld spielte gar  
keine Rolle. Das Hindenburgprogramm war einer der größten  
Fehlschläge des Krieges, denn die enormen Kosten erst  
einmal schätze tragen sollten, brach der Krieg zusammen.  
Zu den Neuausgaben des Krieges traten noch die Zu-  
schüsse für unsere Verwaltungen: Eisenbahn und Post hinzu,  
die aus Ueberzahl nur Jubiläumsgewinnungen wurden. Der  
nachträgliche Etat für 1918 sah einen Ueberschuß von 78  
Milliarden vor, gegenüber 7 im letzten Friedensjahr. Der  
zum ersten Mal nach dem jetzt geendeten Staatsbankrott  
von 1. Oktober ab aufgeteilte Staatshaushalt hat einen Ueberschuß  
von 57,5 Milliarden. Darin sind 17 Milliarden für den  
Wiederaufbau enthalten. Im Ganzen eine Verbesserung um  
21 Milliarden.

### Unsere Schulden sind lawienartig gewachsen.

Am 31. März 1915 betragen sie 16,7, an demselben Tage  
1918 156, an gleichen Tage 1920 werden sie voraussichtlich  
212,8 Milliarden betragen. Die Zugsanzahl von 138  
Millionen im November 1918 ist bis auf 35 Millionen im  
Juli 1919 gesunken. Von den aufgenommenen Schulden  
sind 90 Milliarden durch Kriegszinsen gedeckt. 76 Milli-  
arden schwebende Schuld sind vorhanden. Die letzte  
Summe ist vom Oktober 1918 bis Juli 1919 um 28  
Milliarden gewachsen.

### Zur Deckung der Ausgaben, anstelle der fehlenden Ein- nahmen.

ist Papiergeld in Menge ausgegeben worden.  
Am 31. 7. 1913 fanden den 1,948 Milliarden Noten  
1,129 Milliarden Goldwägen, am 31. 7. 1919 den 42  
Milliarden Papiergeld, 1,100 Milliarden Gold geblieben.  
Som 15. Januar bis 15. Oktober sind täglich 27,63 Milli-  
onen Wehrausgaben an Bonnoten festzustellen gewesen. Die  
große Flüssigkeit des Geldes machte sich in den  
erhöhten Einlagen bei Sparkassen und Ban-  
ken, in der Bildung der Hypotheken und an der gewaltigen  
Zunahme der Anleiheverträge bemerkbar. Das Sinken des  
Werts des Geldes hat eine ungeheure Belastung der Allgemeins-  
heit, die besonders in Erscheinung tritt. Wir müssen jetzt den  
vielfachen Preis bezahlen. Die Aufkapitalung der Bonnoten  
ist eine schwere Verwundung. Um 8-10 Milliarden schätzt  
man die zurückgebliebenen Beiträge. Welche Summe von Ver-  
teuerung und Verschlechterung des Geldwertes steht hier!  
Was kann man dazu tun?

Wir müssen unsere Ausgaben auf äußerste  
herabsetzen und unter Aufsicht ganzer Ämter  
waren herbeizeln und ausführen, dagegen un-  
sere Einfuhr auf das Allernotwendigste ein-  
schränken. Wir können nur durch Arbeit be-  
halten. Wenn jeder die achtstündige Arbeits-  
zeit wahren würde, so wäre die Lage anders.